



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. MULARTSHÜTTE*

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Nr. 30

September 93

Aus dem Inhalt:

Duales System

Scheitert die Abfallverwertung am Kunststoffmüll?

Energieversorgung

Wo Millionen über den Tisch geschoben werden

Schulpolitik

Die Grundschule aufstocken oder, ... da war doch noch die alte Volksschule

Soziales

Was Mensch als Ausländer erleben kann

"Bad Roetgen"

Stellen Sie sich vor ...

... da ist ein MENSCH

Er kommt aus einem schwierigen, unsicheren, bitter armen, desolaten, abgewirtschafteten, korrupten Land mit gänzlich undurchsichtigen politischen Verhältnissen. Dieser MENSCH ist - aus welchen Gründen auch immer - schwierig, unsicher, bitter arm. Er kommt nach Deutschland - aus welchen Gründen auch immer - Er beantragt Asyl, er will von hier aus weiterwandern in ein fernes, reiches, gelobtes Land. Der MENSCH ist - aus welchen Gründen auch immer - labil, unselbständig, auch verwöhnt, anspruchsvoll, manchmal in seiner Art, Hilfe und Fürsorge zu fordern, lästig und unbequem. Der MENSCH gerät in die Hände der Kriminalpolizei Stolberg. Der MENSCH hat, weil er bei der Einreise seinen richtigen Namen angab, eine solide Aufenthaltserlaubnis. Seine Landsleute überreden ihn, ein Auto auf seinen (richtigen) Namen anzumelden. Der MENSCH selbst hat keinen Führerschein. Seine Landsleute fahren mit dem Auto auf Diebestour. Der MENSCH bewohnt einen feuchten Abstellraum mit Sehschlitzen im Haus Kuhberg 24 in Roetgen, er teilt ihn mit einem Landsmann, der aber selten anwesend ist. Der MENSCH bittet mehrfach darum, ihm ein anderes Domizil zuzuweisen, er sagt, er habe Angst vor seinem Landsmann. Der MENSCH ist schwach, er läßt sich gelegentlich mit "seinem" Auto herumfahren, weil es bequem ist. Alle Leute hierzulande fahren bequem mit ihren Autos herum.

Der MENSCH erlaubt, daß der zwielichtige Landsmann in besagtem Kellerloch allerlei Gegenstände deponiert, d.h. diese unter den überzähligen Bettgestellen versteckt, die unsere Gemeindeverwaltung dort lagert. Der MENSCH bittet um einen Schlüssel für seinen Raum, er erhält ein BKS-Schloß -

obwohl, wie der Soz.Amtsleiter vor Gericht erläutert, einem Asylbewerber eigentlich kein Zimmerschloß zusteht, allenfalls ein abschließbarer Spind.

Die Kripo Stolberg veranstaltet eine Razzia, bricht das Schloß auf, findet diverse Gegenstände dunkler Herkunft. Der Zimmergenosse ist verschwunden. Die Kripo ersetzt angeblich das Schloß. Der MENSCH kommt in Untersuchungshaft - Ende Oktober '92. Ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen finden einige Tage später die Behausung des MENSCHEN sperrangelweit offen, auf dem Boden verstreute Kleider, verschimmelte Lebensmittel und - beschmutzt und zerknüllt - Originaldokumente, Hochschulzeugnisse und Briefe des MENSCHEN und stellen sie sicher. Die Flüchtlingshelfer machen eine Strafanzeige bei der örtlichen Polizeistation. Das Verfahren wird nach einigen Wochen ergebnislos eingestellt. Das Roetgener Soz.Amt erklärt, für derartige Angelegenheiten nicht zuständig zu sein.



Im Dez. '92 kommt eine den MENSCHEN entlastende Zeugenaussage rein zufällig zustande, sie bewirkt nichts. Ein versierter, sehr engagierter Rechtsanwalt übernimmt

die Pflichtverteidigung, weil ihn der Ablauf des Verfahrens empört. Der MENSCH sitzt trotzdem fast 9 Monate in U-Haft. Die Flüchtlingshelfer unterstützen währenddessen die Familie des MENSCHEN in seinem Heimatland durch regelmäßige Pakete. Sie besuchen den MENSCHEN in der U-Haft. Das Kfz-Steueramt und die Haftpflichtversicherung schicken trotz Hinweis der Flüchtlingshelfer wiederholt Rechnungen an den MENSCHEN, der in U-Haft sitzt und völlig zahlungsunfähig ist.

Das Gerichtsverfahren wird im August '93 für 10 Tage angesetzt. Am 2. Tag wird der MENSCH - einfach so - aus der U-Haft entlassen. Er erhält 10 DM "Reisegeld" und einen Plastikmüllsack mit seinen Kleidern. Er fährt nach Roetgen. Der Busfahrer knöpft ihm 8,70 DM (statt der vorgesehenen 5,40) ab. Die Gemeindeverwaltung ist geschlossen. Der MENSCH versucht, die Flüchtlingshelfer telefonisch zu erreichen.



Er hat keine Telefonkarte für den öffentlichen Fernsprecher. Der Eisbudenbesitzer erlaubt ihm, sein Telefon zu benutzen. Der MENSCH wird für eine Nacht von den Flüchtlingshelfern beherbergt. Am anderen Tag kommt er wieder in seinem Kellerloch am Kuhberg unter. Die Ferienvertretung auf dem Soz.Amt ist bemüht, dem MENSCHEN mit Kleidung und Geld auszuhelfen, so gut es geht.

Die Gerichtsverhandlung nimmt ihren Fortgang. Ein Zeuge fragt das Gericht, warum sich die Sache über fast ein Jahr hingezogen hat. Das Gericht schweigt betreten; dem Gericht fehlt es an Zivilcourage. Die Presse

- von den Flüchtlingshelfern aufmerksam gemacht - berichtet wenig, Falsches bzw. gar nichts. Der 4. Tag der Gerichtsverhandlung gestaltet sich zu einer Farce. Ein Zeuge wird fälschlicherweise geladen und wieder fortgeschickt, ein weiterer Zeuge - selbst verwickelt in die zu verhandelnden Diebstähle und Einbrüche - war in Dürener Gewahrsam, ist aber, vielleicht versehentlich?, aus der Haft entlassen worden und erscheint - wen wundert's - nicht zum Termin. Die Sitzung wird zur Hängepartie. Die Polizei versucht vergeblich, den Zeugen aufzutreiben. Man hofft schließlich, ihn anderntags zu fassen, wenn er vielleicht seine Sozialhilfe abholen kommt. Das Verfahren gegen den MENSCHEN wird eingestellt. Eine Haftentschädigung wird ihm versagt, weil er zugegeben hatte, eine Plastiktüte mit 3 gebrauchten Jogginganzügen in seiner Abstellraumunterkunft geduldet zu haben, obgleich er ahnte, daß es sich um Diebesgut gehandelt hat.

Der MENSCH ist frei. Er benötigt seinen Ausweis. Ihm wird erklärt, derselbe sei bei den Akten des Landgerichtes. Dort ist er nicht. Die Geschäftsstelle des Landgerichtes vermutet, er sei noch in der Asservatenkammer der Haftanstalt. Dort ist der Ausweis nicht. Die Asservatenkammer meint, er sei vielleicht bei der Kripo in Stolberg. Dort ist er nicht. Die Kripo verweist an das Landgericht.Der MENSCH hat Flüchtlingshelfer. Die erreichen nach Rücksprache mit dem Landgericht, daß die Kripo in Stolberg bescheinigt, sie habe s.Zt. den Ausweis einbehalten. Nun muß das Ausländeramt einen neuen ausstellen. Sonst hat der MENSCH keine Daseinsberechtigung.

Sie können sich das alles nicht vorstellen? Klingt zu sehr nach Kafka? Deutschland ist, sagen Sie, ein ausländerfreundliches Land?!

Im Blickpunkt:

Grundschülerweiterung

Kein Platz für die Schüler

Wie allgemein bekannt platzt die Grundschule Roetgen bald aus allen Nähten. Seit Jahren ist eine Klasse im zu niedrigen Keller untergebracht. Die jetzigen drei Eingangsklassen haben schon wieder - genau wie im letzten Jahr - eine Klassenstärke von knapp 30 Schülern. Wie sollen da die Lehrer jedem einzelnen Kind wirklich gerecht werden und wie einen den Richtlinien entsprechenden Unterricht durchführen?

Bevölkerung nimmt zu

Außerdem sieht man jetzt schon allein im Ortskern überall neue Mehrfamilienhäuser wie Pilze aus dem Boden schießen. Dazu kommen bald all die Neubauten im Baugebiet zwischen Rosental- und Jenne-peterstraße. Viele der zuziehenden Familien werden Kinder haben. Die müssen dann auch noch in die vollen Klassen "gestopft" werden.

Alte Volksschule im Gespräch

Diese Tatsachen sind dem Fachausschuß natürlich auch bekannt, der deshalb einmütig im Oktober 92 die Verwaltung beauftragt hat, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, den Anbau der Grundschule schnellstmöglich aufzustoßen. Wie groß war aber meine Überraschung, als ich gerüchteweise vernahm, daß stattdessen die ehemalige katholische Volksschule im Gespräch wäre. Das war auch Anlaß für entsprechende Anfragen in der letzten Gemeinderatssitzung vor den Ferien, woraufhin Gemeindedirektor Rosenbaum diese Gerüchte bestätigte und erklärte, daß Ver-

treter des Regierungspräsidenten in Roetgen waren, die ehemalige kath. Volksschule besichtigt hätten und er ihnen Pläne der alten Schule mitgegeben habe.

Das sieht mal wieder ganz so aus, als sollten wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden, bei denen wir dann nur noch zustimmen "dürfen", weil die akute Raumnot uns dazu zwingt.

Abgesehen davon ist vielleicht auch dem RP und dem Gemeindedirektor bekannt, daß die alte Schule mit Kindergarten, Schachclub und Volkshochschule belegt ist und dort kein Platz für Schulklassen ist.

Pädagogischer Blödsinn

Zudem wäre es aus pädagogischen und organisatorischen Gründen völliger Blödsinn, einzelne Klassen auszusondern: wie kämen diese Klassen in den regelmäßigen Genuß der in der Stammschule vorhandenen Lehrmittel und Geräte? Wie soll Unterrichts-ausfall bei Erkrankung von Lehrpersonen aufgefangen werden und wieviel Unterrichtszeit würde sinnlos vergeudet durch Hin- und Herlaufen der Klassen und Lehrer.

Das alles sieht wieder ganz nach einem Alleingang unseres Gemeindedirektors aus, der ja offenbar auch keinen Wert auf fachliche Beratung durch den Rektor der Grundschule legt.

Ich kann nur hoffen, daß sich der Ausschuß die Entscheidung nicht aus der Hand nehmen läßt.

Gerd Pagnia

TASTEN UND SAITENSPRÜNGE

so heißt es am **22.10.1993** um **20:00 h** im

evangelischen Gemeindehaus in Roetgen mit dem Musikkabarettisten

HANS GEORGI und seinem Mitstreiter.

"Tasten und Saitensprünge" ist ein zweistündiges Kleinkunstprogramm, bestehend aus satirischen und zeitkritischen Songs und gespielten Sketches, sowie selbstvertonten Kästnertexten.

Die Palette der Alltagsthemen reicht von Gedanken über den neuen BMW 850i (?) bis zum erzählten Sketch über den Heimcomputer und die optimale Bestückung unserer Tiefkühltruhe. Aber auch nachdenkliche Töne fehlen nicht. Wenn GEORGI über Arbeitslosigkeit und Geburtenschwund nachdenkt, macht er eine Anleihe bei Erich Kästners "Patriotischem Bettgespräch".

In den Sportsendungen des Fernsehens war GEORGI bundesweit mit seinen kritischen Gedanken rund um den Fußball ("22 Beine") wie auch zum Doping ("Die Leistungsmeierei") zu sehen.

Für diese Veranstaltung wird kein Eintritt erhoben, dafür aber um eine Spende zugunsten des **Behindertenheimes der Partnergemeinde Neumark** gebeten.

Platzreservierungen bitte rechtzeitig unter der Rufnummer Roetgen 2336 vornehmen !!!

Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen Roetgen, Jenne-peterstraße 4a
Verantwortlich: Klaus-Peter Kegel : Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete
Beiträge liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren
Redaktionsschluß: 20.08.93 Auflage: 2500 Exemplare

Konzerngeschichten:

Wie RWE sich Konzessionen erkaufte

Der Streit um die Stromversorgung in der Gemeinde Roetgen sowie im übrigen Südkreis ist noch nicht vorbei. Die Versorgung eines so dünn besiedelten Gebietes wie die Nordeifel scheint finanziell ein sehr lukratives Geschäft zu sein. Dies wird deutlich, wenn man sich nochmals vergegenwärtigt, wie der RWE-Konzern sich - bislang noch erfolgreich - die Konzessionsrechte für weitere 20 Jahre in diesem Gebiet des Kreises Aachen gesichert hat.

Der Rückblick

Die Methode ist einfach und doch genial: Gegen einen finanziellen Obulus von 1,5 Millionen DM, man könnte auch sagen "Schmiergeld", kauft sich RWE 2 Jahre vor Beendigung von einem Konzessionsvertrag mit dem Kreis Aachen frei, um gleichzeitig den Südkreisgemeinden ein lukratives Angebot für die Stromversorgung zu machen. Dieser Schachzug ermöglichte es RWE ganz ohne Konkurrenz dazustehen, denn andere Stromanbieter könnten als neue Vertragspartner frühestens 1995 in das Energiegeschäft im Südkreis einsteigen - ein klarer Verstoß gegen das Kartellrecht, das die Möglichkeit konkurrierender Angebote geradezu verlangt. Die faktisch für 2 Jahre vom RWE doppelt zu zahlende Konzessionsabgabe führt zu einer Mehrbelastung der Verbraucher, was von der Energieaufsichtsbehörde beanstandet werden kann.

Verwaltungen helfen mit

Unterstützer fand der RWE-Konzern bei den Verwaltungsspitzen in der Kreisverwaltung und in der Gemeinde Roetgen, die trotz der frühzeitig geäußerten rechtlichen Bedenken die Vertragsabschlüsse vorantrieben und trotz der inzwischen vom Wirtschaftsministerium bestätigten rechtlichen Unwirksamkeit der Verträge bis heute daran festhalten. Wohl in dem Bewußtsein in den GRÜNEN und dem Arbeitskreis Energieverwendung Roetgen gut informierte und gut argumentierende Kritiker eines Vertragsabschlusses mit dem RWE zu haben, hielt der Gemeindedirektor wichtige Informationen bis kurz vor der Entscheidung zurück. Die GRÜNEN waren bei einem interfraktionellen Gespräch offensichtlich unerwünscht.

Beschwerden eingereicht

Über einen Rechtsanwalt wurden alle Bedenken der GRÜNEN an den Regierungspräsidenten und das Wirtschaftsministerium weitergeleitet. Von dortaus kam dann die Mitteilung, daß die neu abgeschlossenen Verträge unwirksam sind, und der alte Vertrag somit wieder gültig ist. Doch leider laufen auch diese bürokratischen Mühlen nur sehr langsam, so daß es bis heute noch nicht zu einem Bescheid gekommen ist, der vom RWE und den Verwaltungen akzeptiert wird. Möglicherweise wird ein langwieriger Rechtsstreit die Folge sein.

Argumente für die ASEAG

Neben den rechtlichen Bedenken liegen für die GRÜNEN die Vorteile beim Abschluß eines Konzessionsvertrages mit der ASEAG Energie GmbH auf der Hand:

- * Die ASEAG Energie GmbH verpflichtet sich im Gegensatz zum RWE zur konkreten Förderung des Einsatzes regenerativer Energiequellen und zur rationellen Energieversorgung (Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung). Der kommunale Einfluß ist bei der ASEAG garantiert.
- * Als Unternehmen, das im Besitz der Kommunen und des Kreises ist, kommen die Gewinne der ASEAG den Bürgern des Kreises Aachen zugute. Die Gemeinde Roetgen könnte an den Gewinnen aus dem Stromgeschäft teilhaben.

Klaus-Peter Kegel

Was ist ein Konzessionsvertrag?

Ein Konzessionsvertrag (KV) wird immer zwischen einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) und einem Kreis, einer Stadt oder einer Gemeinde abgeschlossen. Dort werden die Rechte und Pflichten für das EVU festgeschrieben, die im Zusammenhang mit der Versorgung eines Gebietes mit Energie (Strom, Gas) stehen. Im einzelnen sind dies:

Rechte des EVU

- * Das EVU darf die öffentlichen Flächen zur Verlegung von Leitungen benutzen (Wegerecht).
- * In der Regel besteht das Recht zur Versorgung mit einer bestimmten Energieart nur für dieses eine Versorgungsunternehmen (Ausschließlichkeitsklausel). Andere EVUs dürfen die öffentlichen Flächen nicht benutzen.

Pflichten des EVU

- * Das EVU zahlt an die Gemeinde einen Betrag, der sich an den Gewinnen bzw. an der verkauften Energiemenge orientiert (Konzessionsabgabe).
- * Das EVU muß die öffentlichen Flächen nach Bauarbeiten wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzen.
- * Daneben können noch weitere Vereinbarungen getroffen werden (Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, Förderung regenerativer Energien, Energieberatung, u.ä.). Diese sind allerdings bislang nur selten zu finden.

Laufzeit

Die Laufzeit eines Konzessionsvertrages ist durch Gesetze auf höchstens 20 Jahre festgelegt. Obwohl es für die Kommunen wünschenswert wäre, sind die EVUs aber bisher kaum bereit, Verträge über eine kürzere Laufzeit abzuschließen.



DSD und was dann

Schwindelplakette "Grüner Punkt"

Seit einigen Wochen kann man keine Tageszeitung mehr lesen, ohne gleich an mehreren Stellen auf Müll - will sagen : auf den grünen Punkt zu stoßen. Dieses Roßtäuscher-Emblem springt mittlerweile auch dem Blauäugigsten in die Pupille. Die GRÜNEN hatten sich wahrlich die größte Mühe gegeben, auf Kreisebene wie in Städten und Gemeinden, den Vertragsabschluß mit dem Schwindelunternehmen "Duales System Deutschland" (DSD) zu verhindern - vergeblich. Noch drei Wochen vor der Diskussion in unserem Gemeinderat wußte man bei der SPD nicht einmal, worum es dabei ging. "DSD - was ist das ??". Nun sitzen wir dank der einmütigen Einfalt der staatstragenden Parteien auf unserem Müll, und keiner will ihn haben.

Das Versprechen

Bei der Beratung zum Vertragsabschluß mit dem DSD war ein wesentliches Argument : als Partner des DSD würden die Bürger langfristig mit reduzierten Müllentsorgungsgeldern und die Verwaltung mit geringem Arbeitsaufwand rechnen können. Beinahe alles sollten die Bürger in den gelben Zaubersack stopfen dürfen, mit gutem Gewissen und der Aussicht, fürderhin richtig nette, recycelte (was für ein schönes Wort!) und wiederaufbereitete nützliche Plastikgegenstände kaufen zu können. Glas, Blech, auch Altpapier sollten quasi im Endlos- Kreislauf rotieren, alle Probleme würden im Handstreich gelöst usw.

DSD "flächendeckend" oder?

Die Skeptiker (denen vielleicht einige GRÜNE Zweifel zu denken gegeben hatten)

wurden durch "sanften" Druck überzeugt : liebe Gemeinden, wenn ihr den auf Kreisebene ausgeklügelten Standardvertragsentwurf nicht unterschreibt (auch von Änderungen laßt bitte die Finger !), dann seht zu, wo ihr mit eurem Müll bleibt. 75% aller NRW-Gemeinden werden sich dem DSD verschreiben, das bedeutet nach der Interpretation von Umweltminister Matthiesen "flächendeckend", der Rest muß nachziehen oder ... !! Euphorisch billigte daraufhin die lokale Ratsmehrheit den Vertragsabschluß.

Sortieranlage besichtigt

Unsere begeisterten Dorfpolitiker führen (zu Lasten der Bürger, nämlich auf "Dienstreise", nachträglich gegen die Stimmen der GRÜNEN genehmigt!) zur Müllsortieranlage nach Kerpen. Dort wurde ihnen eifertig demonstriert, welch Aufwand getrieben wird, um Quarkschachteln von Hosknöpfen und Alu- Dosen zu trennen. Inzwischen weiß jedes Kind, daß ein nicht geringer Teil des Inhaltes der gelben Säcke auf den Deponien (wie vordem auch) landet. Und die Gemeinden sollen noch was drauf zahlen. April, April, der Vertrag mit dem DSD soll zum Nachteil der Gemeinden geändert werden. Zwar wird dem DSD u.a. vom Deutschen Städtetag mit Klagen gedroht, aber was soll das schon bringen bei einem Partner, der ohnehin so gut wie Pleite ist ?!

Die Verbraucher zahlen

Wie auch immer, wir müssen mit oder ohne DSD demnächst erheblich mehr zahlen. Für die Roetgener Bürger heißt das : zunächst geht es uns indirekt ans Portemonnaie. Die Müllabfuhrkosten steigen in diesem Jahr um 14000 DM (angeblich, weil die Deponien

höhere Gebühren fordern - sehr verwunderlich wo doch das DSD eine enorme Entlastung derselben durch Recycling bringen sollte !). Auch Altpapier, das bis zur Einführung des DSD gegen ein Entgelt von 45 DM / t von privaten Organisationen eingesammelt wurde, muß neuerdings für 100 DM / t entsorgt werden. Der Subunternehmer des DSD gibt an, die t nicht unter diesem Preis abgegeben zu können, das DSD übernimmt großzügig 25%, den Rest 75% zahlen Sie und ich. Für die Gemeinde entstehen in diesem Jahr Mehrkosten von 47000 DM. Noch können diese Gebührenerhöhungen aus einer Rücklage beglichen werden. Aber wie das in den nächsten Jahren aussieht ...

Vermeiden ist besser

Quer durch alle Parteien sträuben sich den Politikern die Haare. Umdenken ist angesagt. Die schlichteren Gemüter sehen die Rettung

Doppelte Moral

Unser Gemeindedirektor zeigte sich in einer Presseveröffentlichung darüber besorgt, daß die Papierkörbe an den Waldparkplätzen mit Hausmüll gefüllt werden. Könnte man dem Übel nicht abhelfen, müßten die Papierkörbe abgezogen werden und "wie es dann in unserer schönen Gemeinde aussehen kann, möchten wir uns lieber nicht vorstellen."

Weniger besorgt ist Herr Rosenbaum aber, wenn es um die Beseitigung von Bauschutt, Asphaltresten oder um Erdmaterial aus gemeindeeigenen Baustellen geht. Diese wurden nämlich an der Straße zwischen Rott und Rotterdell einfach in den Wald gekippt.

Als DIE GRÜNEN bereits während der Arbeiten den Gemeindedirektor auf die Anschüttungen hinwiesen, versprach dieser sogar schriftlich die baldige Beseitigung. Tatsächlich wurde jedoch an einer Stelle

in der Müllverbrennungsanlage - DSD her und hin, alles löst sich in Rauch auf ! Daran könnten zwar ihre Kinder und Enkel demnächst verrecken, aber den Müll sind diese Umdenker erstmal los. Andere Schlauberger plädieren für neue "staatliche Rahmenrichtlinien" in Sachen Müll - was immer damit gemeint ist. Einige wenige - außer den GRÜNEN, die darüber hinaus sehr konkrete Ideen zu diesem Thema entwickelt haben - bewegen den Gedanken " Müllvermeidung " vage in ihrem Herzen. Dabei aber auf die Einsicht und den Verstand von Otto- und Lieschen-Normalverbraucher zu hoffen. scheint mir eben so blauäugig wie der Glaube ans DSD. Meiner - leider wenig maßgeblichen - Meinung nach lassen sich solche Probleme nur über den Geldbeutel lösen. In Bezug auf den Verpackungsmüll z.B.: Milchtüten besteuern, Milchmehrwegflaschen subventionieren.

Brigitte Commichau

noch Splitt aufgebracht, und fertig war der Parkplatz.

DIE GRÜNEN haben nun die Kommunaufsicht des Kreises Aachen und die Höhere Landschaftsbehörde beim Regierungspräsidenten eingeschaltet, und es wird sich zeigen, ob die Anschüttung eine Nacht- und Nebelaktion war oder ob die erforderliche landschaftsrechtliche Genehmigung erteilt wurde.

Denn "wie es dann in unserer schönen Gemeinde aussehen kann", wenn dieses Beispiel Schule macht, "möchten wir uns alle lieber nicht vorstellen."

Katharina Ständer

Notizen aus dem Sitzungssaal:

"Was heißt hier eigentlich demokratisch?"

Am 6.7.1993 tagte in Roetgen der Bauausschuß des Gemeinderates. Die Sitzungsvorlage - 22 Tagesordnungspunkte insgesamt - war den Ausschußmitgliedern größtenteils (12 Tops, 32 Seiten !!) erst am Tag vor der Sitzung zugestellt worden. Es bestand also kaum eine Möglichkeit für eine eingehende Vorbereitung, geschweige denn für eine Inaugenscheinnahme der zur Diskussion stehenden Örtlichkeiten und Bauvorhaben.

Öffentlichkeit nicht gewährleistet

Die 12 "Zusatzpunkte" waren außerdem nicht, wie nach der Gemeindeordnung vorgesehen, im Aushang am Rathaus der Öffentlichkeit einsichtig oder dem Publikum als Vorlage schriftlich zugänglich gemacht worden. Im Amtsblatt waren sie nicht erschienen. Mehrere der Anträge, die in den "Zusatzpunkten" bearbeitet werden sollten, lagen der Verwaltung bereits seit Monaten vor. Die Sitzungsvorlage war - was die Pläne und Skizzen betraf - teilweise unvollständig und ungenau. Ein Antrag der Grünen, die 12 "Zusatzpunkte" komplett von der Tagesordnung zu streichen, wurde mehrheitlich abgelehnt, u.a. mit der Begründung, man wolle die Angelegenheiten doch möglichst schnell hinter sich bringen. Dabei hilft es wenig, daß einige Ausschußmitglieder bestätigten, daß es richtig sei, daß hier gegen die Vorschriften verstoßen würde und ihnen dieses (und manch Anderes) seit geraumer Zeit mißfielen. In der Abstimmung war von solcher Erkenntnis aber wenig zu spüren.

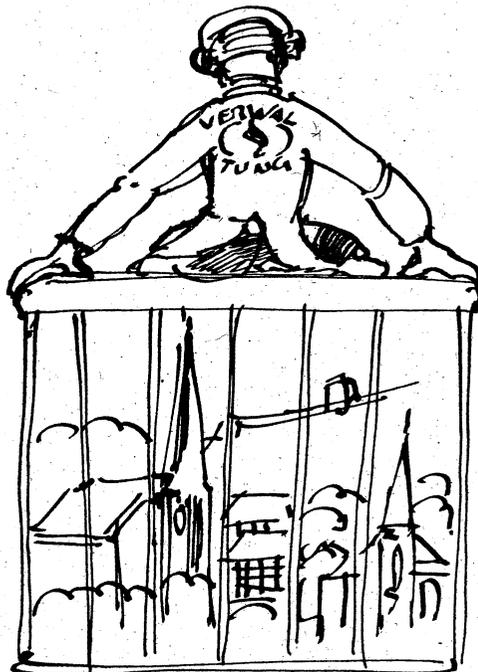
Können Ausschüsse abgeschafft werden?

Es kann also ernsthaft darüber spekuliert werden, was der wahre Grund zur Eile war. U.a. wurde auch ein Antrag im Zusammenhang mit dem Plan Roetgen zum Kurort zu

machen, der weitreichende Folgen für Bürger dieser Gemeinde haben kann, unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Eilverfahren behandelt. Ich kann das demokratische Selbstverständnis der Ausschußvertreter nicht nachvollziehen. Macht dieser Vorgang Schule, ist die Abschaffung der demokratisch gewählten Gremien der Gemeinde Roetgen eigentlich die logische Schlußfolgerung. Stellen wir doch die Gemeinde unter die Alleinherrschaft der Verwaltung und sparen wir die Sitzungsgelder.

Es könnte allerdings sein, daß einige Bürger dabei immer am kürzeren Hebel sitzen, wenn sie nämlich keinerlei Lobby haben.

Volker Commichau
(Mitglied des Bauausschusses)



Fortsetzung einer Konzerngeschichte

Der aktuelle Stand (10.09.93)

Die rechtlichen Bedenken gegen das Zustandekommen der Konzessionsverträge zwischen RWE und den Gemeinden des Südkreises sind inzwischen vom Wirtschaftsministerium in Düsseldorf voll und ganz bestätigt worden. Die Geschichte hat jedoch eine Wendung genommen, die für den Kreis den Verlust von ca. 2 Millionen DM bedeuten könnte.

Der Clou scheint perfekt

Offensichtlich sieht das Wirtschaftsministerium die Verfahrensfehler als geheilt an, wenn der Kreis die erhaltenen "Schmiergelder" an das RWE vollständig zurückzahlt. Die Verträge sollen dann ihre Gültigkeit behalten. RWE hätte damit sein Ziel erreicht, nämlich konkurrenzlos für 20 Jahre neue Konzessionsverträge abgeschlossen zu haben.

Dr. Fricke als Handlanger des RWE?

Bleibt die Frage, ob sich die Kreisverwaltung für diesen Fall rückversichert hat. Keinesfalls wollte der Kreistag auf die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für die Jahre 93 und 94 verzichten, denn sonst hätte man einem Vorschlag der GRÜNEN zustimmen können, der eine freiwillige Weitergabe der Gelder an die Kommunen vorsah.

Sollte es nun doch dazu kommen, daß dem Kreis Gelder verlorengehen, so liegt dies in der vollen Verantwortung des Oberkreisdirektors, Dr. Fricke, der im Dezember 92 vor Abschluß der Verträge behauptete:

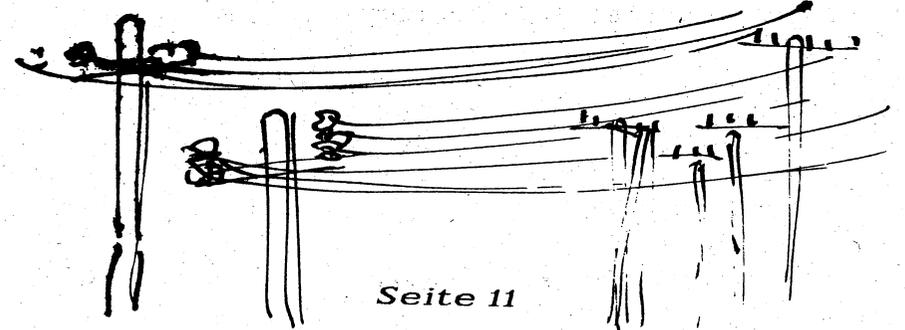
"Mit dem RWE ist ausdrücklich vereinbart worden, das der alte Vertrag zwischen Kreis Aachen und RWE weiterhin gültig bleibt, wenn der Kreis durch dessen Aufhebung finanzielle Nachteile hätte". (sinngemäß)

Man darf gespannt sein, ob der Oberkreisdirektor sich hiermit beim RWE auch durchsetzen wird, oder ob der "Rechtsexperte" Dr. Fricke den 2 Millionen-Verlust vielleicht sogar wissentlich in Kauf genommen hat.

Letzte Chance für rationale Energieversorgung!

Sollte der Oberkreisdirektor Recht behalten, so wäre noch einmal die Chance geboten, die Weichen in Richtung rationale Energieversorgung zu stellen. Denn dann wären selbstverständlich auch die neuen Verträge zwischen den Südkreisgemeinden und RWE unwirksam und es müßte bis zum Jahr 1995 zu neuen Verhandlungen kommen. Der erste Verhandlungspartner für die Gemeinde Roetgen sollte dann jedoch die ASEAG Energie GmbH sein.

Klaus-Peter Kegel



Bad Roetgen

Nach den letzten Meldungen, daß Roetgen Kurort werden soll, rufe ich den Roetgenern zu:

Warum so bescheiden? Warum nicht Landeshauptstadt werden? Das wäre die absolut sichere Methode, Industrie und Bauhaie hierher zu locken. Warum also nur für Kurhotel und Bungalows Investoren suchen? Die Erfolgsaussichten sind sicher genauso groß!

Oder laßt uns die Landesgartenschau nach Roetgen holen! Fein, denn Gärten und Land haben wir ja genug.

Nein, ich hab's! Nehmen wir am Wettbewerb "**Unser Gemeindedirektor soll schöner werden**" teil Doch halt! Das wäre ja vielleicht doch zu utopisch.

Ein Gutes hat das ganze:

Solange einzelne Roetgener Bürger noch so viel Optimismus ^{haben} ~~✓~~ kann es um die wirtschaftliche Depression nicht so schlimm bestellt sein.

Gerd Pagnia